

Kommentar

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **53 (1973-1974)**

Heft 5: **Wie liberal ist die Schweiz?**

PDF erstellt am: **07.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

ZUFÄLLIGKEIT ODER NOTWENDIGKEIT STAATLICHEN WERDENS

Nationale Selbstbespiegelung begegnet heute bei der jüngeren Generation, wenn wir von lokalem Nationalismus etwa von der Art des jurassischen absehen, einer Ablehnung, die begründet werden kann. Die geringere bewusste Verwurzelung im engeren heimatlichen Raume – dessen weiterhin unbewusst prägende Kraft allerdings allzu leicht verkannt wird –, das wachsende Gefühl, man lebe sein Leben jetzt und in Zukunft, lässt die Frage nach dem Sinn einer Kenntnisnahme von schweizerischer Vergangenheit leichter als früher aufwerfen und mit einem Achselzucken erledigen. In einer Zeit willentlicher Demontage nationaler Idole beginnt die Berufung auf einen «Sonderfall Schweiz» auf manche als ärgerlicher Anachronismus zu wirken. Dieses Land erscheint ihnen vielmehr und vielfach als das Erzeugnis mehr oder weniger blinden Zufalls und jedenfalls weit weniger als Folge besonders rühmensewerter Ereignisse, als die es ehemals dargestellt wurde.

Ein Loyalitätsproblem

Ein Land, ein Staat, von dessen Herkommen man glaubt, es habe einem nur noch wenig oder nichts zu sagen, zumal daraus für das «wirkliche Leben», die Gestaltung einer ganz anderen, von gestern und heute verschiedenen Zu-

kunft nichts zu gewinnen sei – ein solches Land vermag menschlich wenig zu binden. Bei allem Begrüssenswerten, das einem Abbau von Chauvinismen anhaftet – und davon, nicht von ihrer reaktiven Wiederaufrichtung in anderen Kreisen sei hier die Rede –, stellt doch eine Verflüchtigung des nationalen Selbstverständnisses, wenn es einmal einen bestimmten Grad erreicht hat, eine politische Frage: Wieweit vermag ein als unverbindlich empfundenes Gemeinwesen noch Loyalität zu wecken?

Im Zeitalter latenter totaler Bedrohung der Menschheit ist allerdings die Sehnsucht nach dem Völkerverbindenden legitim. Wo die weite Welt über die Massenkommunikationsmittel stündlich in die eigene Wohnstube zu dringen vermag, ja, wo sie in Flugstunden körperlich erreichbar ist, fragen denkende Menschen mit Recht nach grösseren Zusammenhängen. Ob sie diese ohne ordnendes Erfassen des zunächstliegenden Eigensten bewältigen werden, ist indessen eine andere Frage. Dass sie einer Vergötzung des Engen und Abgetanen abhold sind, versteht sich dagegen.

Eine Frage des Geschichtsbildes

Es ist also anzunehmen, die Aufnahmebereitschaft des jungen Menschen habe sich deutlich auf Probleme des Mei-

sterns der Zukunft, des Verstehens grossräumiger Zusammenhänge verlagert. Da muss es einem Geschichtsbild der Schweiz, das als Abfolge «glorreicher» Schlachten erscheint, deren Ruhm er nicht einsieht, unmöglich sein, diesen Menschen zu erreichen. Die Zielrichtung solcher Geschichtsraffung geht an seiner existentiellen Ausrichtung vorbei.

Da Geschichtsunterricht notwendigerweise einer Auswahl des darzustellenden Stoffes ruft, stellt sich hier nun doch die Frage, ob sich in dieser Auswahl nicht eine Akzentverschiebung bewerkstelligen liesse, die dem Sensorium und dem Problemkatalog junger Menschen von heute vermehrt Rechnung trüge. Es geht dabei nicht um «Manipulation», um «Zwiedenken» oder gar Geschichtsfälschung. Die erzieherische Zielsetzung des Unterrichts hat jedoch noch immer zu einer Selektion des Stoffes gezwungen, die im Dienste seiner Fruchtbarmachung steht.

Fruchtbar wird heute Schweizer Geschichte, wenn sie zur Selbsterkenntnis führt. Das mag Ernüchterung und Bescheidung bedeuten. Es mag damit aber auch neues Verständnis gewonnen werden, ein Öffnen der Augen für Errungenschaften, die als solche verkannt und für Selbstverständlichkeiten gehalten werden. *Keller* und *Nordmann* haben mit ihrem Buch «Wohlstand aus dem Nichts» (Hallwag, Bern 1972) einen Beitrag in dieser Richtung geleistet. Fruchtbar wird Schweizer Geschichte heute ferner dann, wenn sie zu jenem unpathetischen Selbstbewusstsein des Staatsbürgers beiträgt, das für ein funktionsfähiges Gemeinwesen innerhalb der Völkergemeinschaft unerlässlich bleibt. Es ist beizufügen, dass mit dem konfliktträchtigen Zerfall eines

verantwortungsbewusst loyalen Bürgersinns eben für diese Völkergemeinschaft denn auch nichts zu gewinnen wäre.

Ein Element jenes Zerfalls liefert der Schwund der Überzeugung von einer gewissen Notwendigkeit des Gemeinwesens, in dessen Ränge einen der «Zufall der Geburt» gestellt hat. Wenn «Freiheit und Unabhängigkeit» als Motor der Schweizer Geschichte die Evidenz ihres Sinngehaltes nicht mehr voll gewährleisten sollten, wäre es vielleicht an der Zeit, sich des Umstandes stärker zu erinnern, dass die Existenz eines die Alpenpässe beherrschenden und das Flachland zwischen Jura und Alpen, zwischen Boden- und Genfersee umfassenden Staates nicht sosehr der Willkür alter Eidgenossen entspricht, wie das scheinen möchte. Die Einsicht in die Notwendigkeit – und damit in das Dementi der unverbindlichen Zufälligkeit – eines über sprachliche und konfessionelle Gegensätze hinweggreifenden Staatswesens an den Kreuzwegen Europas könnte gewinnen, wenn klarer zutage gefördert würde, welche wirtschaftlichen, verkehrstechnischen und strategischen Überlegungen einer Organisation dieses Raumes als einziges Herrschaftsgebiet riefen, und wenn der Drang dazu in Vorformungen wesentlich auf das jetzige schweizerische Territorium bezogener, voreidgenössischer Staats- und staatsnaher Gründungen als lebendige Kraft deutlich gemacht würden.

Präfigurationen und Zielvorstellungen

Es wäre hier an die römischen Puffergebilde – Helvetien und das savoyische Königreich Burgund – zu denken, sowie an die im durchschnittlichen

Deutschschweizer Unterricht trotz enger Beziehungen zur Ostschweiz sehr zukurz kommende weitere Westschweizer Geschichte. In deren Rahmen bieten sich als Organisationsversuche für die «helvetische Zone» an: die Entwicklung des sosehr der Romandie verhafteten hochburgundischen Reiches (samt seinen räumlichen Verlängerungen im niederburgundischen Rhonetal und seinem Ausgreifen gegen den Rhein, sowie seinem mit dem Fortschreiten der Zeit – von 888 bis 1080 – erfolgten Hineinwachsen in schwäbisch-alemannische und deutsche, den ganzen, heute schweizerischen Raum vereinigende Zusammenhänge), die zähringische und kyburgische Mission im Mittelland, die Versuche, zu einem die Alpen und Mittellandsteile beherrschenden Staate Savoyen zu gelangen, und schliesslich auch noch das österreichisch bestimmte Hilfs- und Landfriedensbündnis von 1333, das von der elsässischen und süddeutschen Nachbarschaft bis in die Alpen und an den Léman reichte. Umgekehrt würde ein besseres Vertrautsein mancher Romands mit den «reichsgeschichtlichen» Hintergründen der Deutschschweiz und der Gotthardkanton die gesamteuropäischen Bedingungen besser illustrieren.

Europäische Verflechtung

Gerade der vermehrte Blick über den Gotthard wäre geeignet, den Eindruck einer engen, selbstbezogenen Entwicklung des Schweizertums in Frage zu stellen und die bedeutenden kontinentalen Verflechtungen hervorzuheben. Eine lokalgeschichtliche Arbeitswoche im Bleniotal beispielsweise würde im Hinblick auf den Pakt von Torre (1182) und die Charta von Biasca (1292) den Ein-

fluss oberitalienischer Städtefreiheit auf das Schicksal alpiner Talschaften zum Erlebnis erheben. (Es darf beigefügt werden, dass neueste Einwände gegen die Existenz solcher Einflüsse auf die Erscheinungen rund um die Gründung der Eidgenossenschaft, die sich auf die soziologischen Unterschiede zwischen lombardischen Gross- und alpinen Kleinstädtern sowie Bergbauern, stützen möchten, angesichts des direkten Mailänder Einflusses auf die Blenieser Ereignisse und die abgestufte Abwandlung der Vorgänge über Städte wie Como und Locarno bis auf Flecken wie Mendrisio und Biasca in Anbetracht gewisser personeller Beziehungen der Agierenden doch allzu konstruiert erscheinen.) – Andererseits würde ein besseres Vertrautsein anderer Eidgenossen mit der gewaltigen künstlerischen und kunsthandwerklichen Ausstrahlung der Tessiner auf die europäische Architektur von Rom bis Leningrad die mögliche internationale Position selbst einer im eidgenössischen Rahmen als arm und schwach geltenden Region zu bedenken geben.

Schlichtungsmodelle

Eine von Exaltation freie Analyse des kriegerischen Teils der Schweizer Geschichte wäre zumindest als Reflexion über ein Thema geeignet, das im heutigen Denken allzu vieler Zeitgenossen stümperhaft entwickelt und vernachlässigt wird – nämlich das Verständnis für Machtzusammenhänge und für die fatale Bedeutung des Schaffens auffüllungsbedürftiger Machtvakuumräume. Da aber heute auf Friedensforschung – in der Meinung, sie sei eine zum Überleben der Menschheit unerlässliche Disziplin – so hoher Wert gelegt wird,

wäre es nicht unangebracht, die zahlreichen Modellfälle zu studieren, welche die konfliktreiche Schweizer Geschichte nicht nur für das bewaffnete Austragen, sondern auch für das versöhnende Schlichten von Differenzen hervorgebracht hat. Man kann darüber einiges an Einleuchtendem und Faszinierendem in *David Lasserres* Buch «Etapas du Fédéralisme» (zweite, erweiterte Auflage, Editions Rencontre, Lausanne 1967; die erste erschien auf Deutsch übersetzt 1963 bei Orell Füssli in Zürich unter dem Titel «Schicksalsstunden des Föderalismus») nachlesen. Man wird darin etliches über den Sinn eines Gemeinwesens als Friedensordnung vorfinden, mag heute einigen der Arbeitsfriede als spätgeborener Nach-

komme solcher Mediationserfahrung auch ungelegen sein.

Es ist letztes Jahr an einer Tagung im Stapferhaus auf der Lenzburg gesagt worden, der Schweizer lebe in einem kompliziert strukturierten Land, und sein Selbstverständnis sei schwierig. Diese komplizierten Strukturen mögen stellenweise revisionsbedürftig sein. Zu nicht geringen Teilen dienen sie indessen der Konfliktvermeidung oder -lösung. Das Erfahrungsgut, das sie entstehen liess, kann nicht ohne ungute Folgen verschmätzt werden. Es lebendig und anregend präsent zu halten, ist doch wohl ein nicht unnützes Exerzium auf Grösseres und Künftiges hin und so ein Dienst am Ganzen.

Roberto Bernhard

GEWALT IN DER GESELLSCHAFT

Die Gewalt spielt in den inner- und den zwischenstaatlichen Beziehungen eine entscheidende Rolle. Ausbruch von Gewalt – wir erleben es täglich – kostet ungezählte Opfer. Die Schaffung einer gewaltfreien Gesellschaft – wenn nötig mit Gewalt – erscheint darum vielen als verheissungsvoller Weg in eine bessere Zukunft. Doch über die Natur der Gewalt, über ihre Herkunft und ihre Handhabung machen wir uns eigentlich kaum Gedanken. Als das schlechthin Böse verdrängen wir sie zwar aus unserem Bewusstsein, aber leider nicht aus der Wirklichkeit.

Man kann die Bibel oder die Ameisen zu Rate ziehen, um den Zeitpunkt zu bestimmen, da die Gewalt in die Welt gekommen ist. Mit den Ameisen

kann man nachweisen, dass die tierische Existenz auf ein organisiertes Zusammenleben angewiesen ist; dass sie von der Unterordnung unter ein im Instinkt angelegtes Ordnungsprinzip abhängt. Notfalls wird es erzwungen, denn die von ihrem Volk losgelöste Ameise kommt um.

Und mit der Bibel kann man nachweisen, dass die Gewalt mit der Vertreibung aus dem Paradies, also schon recht früh, in die Welt kam: Kain erschlug Abel. Damit begann die irdische Existenz der Menschen.

Es gibt also Gewalt im Tierreich und in der Menschheitsgeschichte seit ihrem Beginn, jedenfalls lange bevor es einen amerikanischen Imperialismus, eine Bourgeoisie oder ein Proletariat ge-

geben hat. Gewalt ist viel älter als irgend ein konkretes politisches System von heute und somit auch kein spezifisches Merkmal dieser Systeme. Daraus ergibt sich, dass man zwar durchaus solche Systeme beseitigen kann, nicht aber auch die Gewalt. Jagt man sie zur Türe hinaus, kommt sie zum Fenster wieder herein.

Es ist sinnlos, das Vorhandensein von Gewalt in der Gesellschaft bestreiten zu wollen, ebenso sinnlos freilich, zu meinen, man brauche bloss eine bestehende Gesellschaftsordnung zu zerstören, damit auch die Gewalt verschwinde. So selbstverständlich die Gewalt im Tierreich ist: in der Menschenwelt wird sie zum Problem, wie beim Menschen alles zum Problem wird, je weiter er sich zeitlich von der instinkt-gelenkten Existenz entfernt. Er ist gezwungen, den Instinkt schrittweise durch die bewusste Gestaltung des Zusammenlebens zu ersetzen, ob nun dieses Bewusstsein die Form mythisch-religiöser Spiegelungen oder einer unübersehbaren Gesetzesproduktion (Moses kam noch mit zehn aus) annimmt. Darin besteht der ganze zivilisatorische Prozess, der darum notwendigerweise problemgeladen ist.

Da es schon in der urzeitlichen Nomadensippe Gewalt gegeben hat, drängt sich der Schluss auf, dass es menschliche Gesellschaft ohne Gewalt überhaupt nicht geben kann. Beide gehören zusammen. Die Gewalt kann nur beseitigt werden, indem die Gesellschaft beseitigt wird.

Woher kommt dieses so ausserordentlich anhängliche Phänomen? Auf jedem Kinderspielplatz ist die tägliche, millionenfache «Urzeugung» der Gewalt zu beobachten: Um die Rangordnung wird ebenso gekämpft wie auf

der Alp zwischen den Kühen. Auch in der antiautoritärsten Familie bildet sich eine hierarchische Ordnung heraus, deren geringste Veränderung häufig am dabei entstehenden Geschrei zu erkennen ist. Ein Atömchen Gewalt klebt an jedem, auch dem trügsten Menschen: weil er etwas will, anderes nicht will; sich mit Fäusten oder Mundwerk wehrt oder aber eine stärkere Schutzmacht (Vater, älteren Bruder) zu Hilfe ruft oder auch nur damit droht und in diesem Fall von geborgter Gewalt Gebrauch macht. Selbst ein Gandhi dürfte eine Fliege, die ihn an der Nase kitzelte, gelegentlich verscheucht haben. Ein Spürchen Gewalt gehört eben zum Menschen wie das Spannungsfeld zum Magnet.

In einer Nomadensippe ist das Spannungsfeld der zur kollektiven Gewalt summierten Individualgewalten in einem gegebenen Raum verhältnismässig gering. Zum Ausbruch der Gewalt kommt es nur, wenn eine fremde Sippe in den Raum der anderen eindringt, dort ihr Vieh weiden lässt und den Brunnen benützt. Nicht zum Gewaltausbruch kommt es gegenüber dem Fremdling, der sich als Gast nähert und sich damit unter den Schutz der Sippengewalt stellt und deren Ordnung akzeptiert.

Das Gewaltpotential ist somit eine Funktion der Anzahl Menschen in einem gegebenen Raum: je mehr Menschen oder je kleiner der Raum, desto verheerender die Entladungen, sobald die für das Zusammenleben erforderliche Ordnung gestört wird oder zusammenbricht.

Potenziert wird die Gewalt durch die technischen Mittel, die einer bestimmten Anzahl Menschen in einem gegebenen Raum zur Verfügung stehen: je

nachdem, ob sie sich zu Fuss, auf Eseln oder mit Autos fortbewegen, sich mit Pfeilen oder Atombomben bedrohen.

Noch nie in der Geschichte lebten auf diesem Planeten so viele Menschen mit so gewaltigen technischen Mitteln wie heute. Daraus ergibt sich ein einzigartiges Gewaltpotential innerhalb und zwischen den Staaten. Die ganze Innen- und Aussenpolitik dreht sich um seine Handhabung. Missgriffe im Innern wie auch in den zwischenstaatlichen Beziehungen können seine Entladung bewirken. Aber keine Griffe können das Potential selbst beseitigen. Es ist da, weil wir da sind.

Unser lebenserhaltendes Anliegen muss darin bestehen, die Explosion der potenzierten Gewalt zu verhindern, sie unter Kontrolle und in einem möglichst stabilen Aggregatzustand (möglichst kühl lagern!) zu halten. Von Experimenten in diesem Bereich ist dringend abzuraten, weil sie meist nicht wiederholt werden können.

Im Umgang mit der Gewalt ist im innerstaatlichen Bereich im Verlaufe der letzten Jahrhunderte trotz bedenklichen Rückschlägen doch ein echter Fortschritt erzielt worden. Der einzelne muss den Schutz seines Lebens und seiner Jagdgründe beziehungsweise seiner Erwerbstätigkeit nicht mehr selbst mit Keule und Spieß gewährleisten. Denn die individuelle Gewalt ist in wesentlichen Belangen «kollektiviert», das heisst dem zu diesem Zweck geschaffenen Staat übertragen worden. Dadurch ist die Gewalt aus unserem Gesichtsfeld verschwunden, im Normalfall unsichtbar geworden, aber dennoch – eben in Gestalt der staatlichen Machtmittel – vorhanden und zwar in unvergleichlich konzentrierter Form.

Relativ stabil ist die innere Ordnung,

wenn sich die kollektive, staatliche Gewalt auf eine allgemein anerkannte Rechtsordnung stützt, wenn die Gewalt eine legitime Basis hat. Labil ist die innere Ordnung, wenn sich die Gewalt der Kontrolle der Schutzsuchenden entzieht und ihnen die Herrschaft der Gewalthaber aufzwingt: wenn die Gewalt keine demokratisch legitimierte Basis hat.

In einer stabilen Ordnung ist die Gewalt in der Regel unsichtbar, aber dennoch vorhanden, um notfalls die Einhaltung der Rechtsordnung, zum Beispiel die Durchführung einer Pfändung, erzwingen zu können. Sichtbare Organe der Gewalt sind die Polizisten, die normalerweise nicht zu schießen brauchen, um einen Verkehrssünder zur Ordnung zu rufen. Aber im Notfall müssen sie schießen können, da sonst der Einbrecher oder der Entführer mit seinen Gewaltmitteln seine eigene Rechtsordnung durchsetzt, die freilich der demokratischen Legitimation ermangelt.

Auch der demokratische Staat benötigt also Mittel der Gewalt, um den Rückfall in die individuelle oder gruppenweise Gewaltanwendung zu verhindern. Fehlen ihm diese Mittel oder setzt er sie im Notfall nicht ein, überlässt er seinen Platz einer anderen Gewaltordnung, zum Beispiel derjenigen der Mafia. Doch leer kann er nicht bleiben. In der Art der Legitimierung, der Kontrolle und der Teilung der Gewalt im Staate bestehen die Unterschiede sämtlicher politischer Systeme aus Vergangenheit und Gegenwart: vom absolutistisch-totalitären bis zum direkt-demokratischen.

Im zwischenstaatlichen Bereich ist der Schritt von der nationalen Gewaltausübung zur universalen Rechts- und Gewaltordnung noch nicht gelungen.

Wenn er gelingt, erfordert er die Bereitstellung universaler Gewaltmittel, um die geschaffene Rechtsordnung auch erzwingen zu können. Die Kontrolle und Teilung solcher universaler Gewalt dürften allerdings recht schwierige Probleme aufwerfen, noch schwierigere als im nationalen Rahmen.

Denkbar ist freilich auch eine universale Gewaltordnung ohne legitime, das heisst demokratisch anerkannte Rechtsordnung. Sie würde notwendigerweise absolutistisch-totalitäre Formen annehmen. Ist das Gewaltpotential eines solchen Weltsystems stark genug, kann es durchaus dauerhaften Frieden, nicht aber die Menschenrechte gewährleisten. Es bliebe somit ziemlich labil.

Vorläufig haben wir es aber noch mit nationalen und multinationalen Machtpotentialen zu tun, die miteinander in Konkurrenz treten. Jedes Potential entfaltet proportional zu seiner Stärke ein Magnetfeld, das den Spielraum seiner aussenpolitischen Handlungsfähigkeit bestimmt. Jede Veränderung der Potentiale bewirkt eine Veränderung der Magnetfelder und somit der aussenpolitischen Einflussbereiche. Selbst wenn Chinas A-Bombe nie im Ernstfall ge-

zündet wird, bewirkte sie bereits eine neue weltpolitische Konstellation.

Kein Staat kann aus diesen machtpolitischen Spannungsfeldern aussteigen, es sei denn, er gebe sich auf, indem er sich von einem dieser Felder absorbieren lässt und gerade dadurch ebenfalls einen Spannungsanstieg beziehungsweise -abfall erzeugt; oder noch schlimmer: in den Schnittpunkt gegensätzlicher Spannungsfelder und damit in den Konflikt gerät, dem er auszuweichen trachtete. Ein Ungleichgewicht der Gewaltpotentiale begünstigt deren Entladung oder die Einbeziehung in das stärkere. Friedenspolitik heisst folglich, den behutsamen Umgang mit diesen Gewaltpotentialen zu erlernen, damit es nicht zur Entladung kommt. Das Gegenteil von Friedenspolitik wäre der einseitige Verzicht auf ein Gewaltpotential, weil dadurch das gegnerische das Übergewicht erlangen würde.

Die Gewalt selbst kann jedoch weder aus der innerstaatlichen Gemeinschaft noch aus den zwischenstaatlichen Beziehungen verbannt werden – es sei denn, die Menschheit verbanne sich aus dieser Welt.

Ulrich Kägi

BEOBACHTUNGEN

30. Mai 1973

Als das Kulturdezernat der Stadt Nürnberg im Dürerjahr an verschiedenen öffentlichen Plätzen zeitgenössische Kunstwerke aufstellte, löste es damit erschreckende Aggressionen aus. Anonyme Täter schossen mit Pistolen und Gewehren auf Metall- und Kunststoff-

plastiken, zersägten Drahtseile, beschmutzten die ausgestellten Objekte mit Exkrementen und Farbe. Ich habe die Spuren der Vandalenakte gegen missliebige Kunst seinerzeit gesehen. Wären sie auch bei uns möglich? Selbstverständlich kann man nicht die ganze Bevölkerung dafür verantwortlich machen, wenn ein paar selbsternannte

Kunstwarte bei Nacht und Nebel zur Spitzhacke greifen. Immerhin, auch die Nürnberger Lokalpresse lehnte den Versuch ab, aktuelle Kunst dort aufzustellen, wo alle Bewohner der Stadt auf dem Weg zur Arbeit oder zum Einkauf vorbeigehen müssen. Dass viele Menschen, möglicherweise eine erdrückende Mehrheit, die Gebilde zeitgenössischer Skulptur als fremdartig und wahrscheinlich sogar als sinnlos und als Zumutung empfinden, scheint man als Tatsache hinzunehmen. Schliesslich wird in Schule und Elternhaus noch immer viel zu wenig unternommen, um Auge und Formempfinden zu üben, zu wenig, um sie frei zu machen von der strengen Bindung an etablierte Muster des sogenannten Schönen. Aber dass dann Hilflosigkeit und Unverständnis in tätliche Aggression umschlagen können, ist eine erschreckende Erfahrung des Nürnberger Experiments.

Sind wir in der Schweiz toleranter? Die Frage könnte auch lauten: Erstreckt sich die liberale Haltung, deren wir uns rühmen, auch auf den Bereich des künstlerischen Schaffens? Ich lese soeben, dass die Stadtverwaltung von Schaffhausen auf dem Fronwagplatz und vor der Kantonalbank vorübergehend grosse Röhrenplastiken des Rottweilers Erich Hauser aufgestellt hat. Es sind Leihgaben; finanzpolitische Bedenken können also nicht vorgeschoben werden. Der Künstler soll gesagt haben, die Schaffhauser seien viel freundlicher und weniger aggressiv als die Leute anderswo, und vielleicht hat er dabei an Nürnberg gedacht. An maliziösen Kommentaren über die «Ofenrohre» fehlt es dem Vernehmen nach allerdings nicht; aber die könnten ja schliesslich ein Zeichen dafür sein, dass die Passanten sich mit den auffallenden Gebilden ausein-

andersetzen, spöttisch zumeist, skeptisch, vereinzelt begeistert und vereinzelt auch ungehalten. Solange die Sache nichts kostet, lässt man sie sich mehr oder weniger gutmütig gefallen. Aber es ist nur ein schmaler Grat zwischen einer Toleranz, die zu nichts verpflichtet, und bedenklicheren Reaktionen. Solange die Auseinandersetzung allein um Künstlerisches geführt wird, überlässt man sie weitgehend den Sachverständigen und schüttelt höchstens mit Nachdruck den Kopf. Anders jedoch, wenn es darum ginge, Kredite zu bewilligen, oder wenn der Verdacht bestünde, es könnte beispielsweise mit Kunst Politik gemeint sein.

(Eine Meldung, wonach böswillige Zerstörung, die in der Nacht erfolgt sei, die sofortige Demontage der Röhrenobjekte notwendig mache, hat sich glücklicherweise als falsch erwiesen. Wissenschaftliche Untersuchungen der aufgetretenen Schäden haben ergeben, dass nicht Sabotage zu allem entschlossener Kunstwarte, sondern Fehler in den Schweissnähten, die zu Verformungen und Rissen führten, die Behörden zur Entfernung der ausladenden Konstruktionen zwangen, da akute Einsturzgefahr bestand.)

7. Juni 1973

Ende Mai berichteten die Zeitungen aus Luzern über das, was inzwischen als «Der Fall Eggimann» in die inner-schweizerische Zeitgeschichte eingegangen ist. Die evangelisch-reformierte Kirchgemeinde Luzern wollte den Schriftsteller Ernst Eggimann, der in Langnau als Sekundarlehrer wirkt, als Rektor für den neu auszubauenden protestantischen Religionsunterricht berufen. Eggimann, dessen neueste Veröf-

fentlichung «Jesus-Texte» sind, hielt eine Probelektion, die zur Zufriedenheit der Unterrichtskommission (mit einer Gegenstimme) ausfiel, worauf der Kirchenvorstand die Wahl unverzüglich vornahm. Der Kirchenbote berichtete darüber. Erst an der nachfolgenden Kirchgemeindeversammlung meldete sich unter dem Traktandum Verschiedenes Opposition; es wurden ernste, «ehrlich besorgte» Bedenken geäußert, man sprach von einem «Experiment» und gab zugleich zu verstehen, dass Experimente gefährlich seien, man verdächtigte Eggimann extremer Linkstendenzen, liess durchblicken, man vernehme aus Langnau nicht nur Gutes, machte Anspielungen auf die Luzerner Krawalle und forderte schliesslich den Kirchenvorstand auf, er möge sich die Wahl noch einmal überlegen. Merkwürdigerweise war kein Mitglied der Mehrheit der Unterrichtskommission an der Versammlung anwesend. Es fand sich niemand, der den Angegriffenen verteidigt hätte. Daraufhin ist Ernst Eggimann von dem bereits angenommenen, jedoch noch nicht angetretenen Amt zurückgetreten.

Die Verdächtigungen – in Pressekommentaren sprach man klar und unmissverständlich von Rufmord – sind so vage, dass man sie nicht packen kann. Ein ganzes Syndrom von Misstrauen, Vorurteilen, Veränderungsangst und Informationsmangel wurde wirksam. Es ist schwierig, den Fall zu interpretieren; aber liberaler Geist ist daran jedenfalls nicht beteiligt, und möglicherweise spielt sogar hinein, dass Eggimann als Schriftsteller nicht dem Muster entspricht, das eine herkömmliche und landläufige Vorstellung bestimmt hat. Er ist einer von denen, die noch nicht eingeordnet werden kön-

nen, eben ein Künstler. Er hat Freunde, die – wie er selbst – im Experiment lieber als im definitiven Immer-schon-so leben; das sieht offenbar für gefestigte, von Zeit und Zuständen unangefochtene Kirchgenossen aus wie Konspiration. Eggimann und seine Freunde experimentieren, mit der Sprache, mit Formen des Zusammenlebens, mit geistigen Möglichkeiten, und dadurch verunsichern sie den, der alles ein für allemal gefügt wähnt. Wo Kunst nicht unverbindlicher Schmuck des Daseins, Statussymbol oder Kulturbesitz (mit Betonung auf dem zweiten Bestandteil des Wortes) ist, sondern lebendige und kritische Befragung der Wirklichkeit, reagiert der lieber unangefochtene als verunsicherte Zeitgenosse mit Ablehnung. Es kann sein, dass der Fall Eggimann, obwohl es sich da um einen Streit über die Wahl eines Lehrers und Rektors für Religionsunterricht handelt, doch auch ein weiteres Beispiel aggressiver Haltung gegenüber dem Kreativen ist.

15. Juni 1973

Ich lese erneut in Peter André Blochs Dokumentation «*Der Schriftsteller in unserer Zeit. Schweizer Autoren bestimmen ihre Rolle in der Gesellschaft*»¹. Eine breite Fülle von Aufsätzen, Diskussionen, Antworten auf Blochs Umfrage liegt da vor; Schweizer Autoren aller Generationen und aller vier Landessprachen äussern sich zur Frage ihres literarischen Engagements. Kluge, besonnene Stellungnahmen, selbstkritische Versuche, den eigenen Standort und die eigenen Möglichkeiten so klar wie möglich zu sehen, stehen neben höchst merkwürdigen, törichten Allerweltssprüchen. Ich werde den Eindruck

nicht los, «Engagement» sei da in vielen Fällen nichts weiter als eine Art von Chorgesang. Das Buch, das Interviews mit Frisch und Dürrenmatt, Aufzeichnungen einer Publikumsdiskussion, Aufsätze und Kritiken zum Thema enthält, ist wichtig als Momentaufnahme des Winters 1971/72. So, wie sie sich da äussern, sahen damals die Schweizer Autoren ihre Stellung in der Gesellschaft; ich würde mich nicht sehr wundern, wenn man schon nach zehn Jahren auf diese Momentaufnahme blicken würde wie auf die vergilbenden Fotos im Familienalbum, auf denen man sich wie verkleidet vorkommt: kostümiert im Stil einer vergangenen Zeit. Es gibt Menschen, deren Persönlichkeit dahinter fast ganz verschwindet, und andere, die in ihrer Unmittelbarkeit und Eigenart auch in wechselndem Kostüm unverkennbar bleiben. In dieser Weise wirkt Ernst Eggimann auf mich, dem ich in Blochs Dokumentation ein paarmal begegne. Auf die Frage, was er unter Engagement verstehe, antwortet er: «Ich glaube, diese Frage nach dem Engagement ist ein Cliché. Ein Schriftsteller ist einmal ganz sicher für die Sprache engagiert und vielleicht auch für das Bewusstsein. Vor einem politischen Engagement als Schriftsteller habe ich ein wenig Angst. Ich habe das Gefühl, dass die Fixierung an ein Engagement der Qualität eines Gedichtes schaden kann. Ein treffendes Beispiel ist Erich Fried. Er ist ein sehr begabter Dichter. Aber sein Engagement tritt neuerlich in seiner Dichtung allzusehr und allzu ausschliesslich zutage, indem er sich zu jedem Ereignis mit einem Verslein äussert. Ich würde eher sagen: Das Engagement des Schriftstellers sollte ein menschliches sein.»

Da ist nichts von der selbstsicheren Kumpanei, in die sich mässigere Talente gerne flüchten, eher eine fast schüchterne Distanzierung von dem, was ja auch schon wieder «Cliché» geworden ist, unreflektierte Manier. So richtig die radikale Abkehr der Künstler und Schriftsteller vom Missverständnis der Kultur als den Girlanden des Daseins ist, so falsch scheint mir, wenn sie – wie das ja auch zu beobachten ist – Parolen daraus machen und als Mannschaft auftreten. Und vollends fragwürdig scheint mir, wenn die Trägheit, die Unbeweglichkeit, die Weigerung, von unbequemen Tatsachen Kenntnis zu nehmen, kurzerhand auf ein politisch, ja parteipolitisch lokalisierbares Lager projiziert wird, als ob das «Böse», das zu bekämpfen ist, auf so simple Weise einzugrenzen wäre. «Das Engagement des Schriftstellers sollte ein menschliches sein»: die Luzerner Erfahrungen des Autors, der diesen Satz gesprochen hat, beweisen leider, dass manchen und offenbar einflussreichen Leuten nicht genehm ist, wer dieser Forderung nachkommt.

30. Juni 1973

Unter der nicht mehr übersehbaren Fülle zeitgenössischen Kunstschaffens, die von der «Art 4'73», der vierten internationalen Kunstmesse in den Hallen der Mustermesse Basel, angeboten wurde, gab es manches Werk, das kaum dem Wohlbefinden des Betrachters oder dem stillen Glück des Käufers dienen möchte. Mein Eindruck: Überblick zu gewinnen ist unmöglich. Nach drei Stunden (spätestens) gebe ich es auf, vom Sehen ermüdet, aber auch bedauernd, dass ich wahrscheinlich ganze Teile dieser Monsterschau verpasst ha-

be. 272 Galerien aus 19 Ländern haben dieses Jahr teilgenommen. Basel hat, wie ich in einer deutschen Besprechung des Ereignisses lese, tatsächlich sämtliche Kunstmärkte und -messen überrundet. Was die Veranstaltung überhaupt möglich macht, ist allerdings nicht das Bedürfnis eines breiten Publikums, sich mit zeitgenössischem Kunstschaffen, eben auch mit provozierenden, Denkanstösse vermittelnden Bildern und Gegenständen, kritisch und selbstkritisch auseinanderzusetzen. Der Handel und die Sammler geben sich hier Stelldichein, und es geht um Sachwerte, um Kapitalanlagen, um Spekulation mit dem Trend. Die «Art 4'73» sei kommerziell durchaus befriedigend verlaufen, heisst es, und zwar dominierte in den Abschlüssen die «klassische Moderne»: Picasso an der Spitze, gefolgt von Mirò, Ernst, Dali, Vasarely. Nicht Avantgarde war da gefragt, nicht engagierte Kunst, sondern der gesicherte Wert. Für mich sind die Basler Kunstmessen willkommene Gelegenheiten, Informationen aus erster Hand über neue Tendenzen und neue Namen zu erhalten, den steten Wandel von Themen

und Darstellungsarten zu verfolgen. Aber unverkennbar war dieses Jahr die Anpassung des Angebots an die Wünsche und Vorstellungen potentieller Käufer, die nicht auf die Zukunft setzen, sondern auf Nummer Sicher. Der Foto-Realismus, an der Kasseler «documenta V» als vorherrschende Tendenz herausgestellt, war in Basel nur sporadisch vertreten.

Vielleicht müsste ein Gremium, das die Aussteller aus ihren eigenen Reihen wählen, die teilnehmenden Galerien in Zukunft verpflichten, nur ihre besonderen Spezialitäten zu zeigen. Es müsste ihr Ehrgeiz ermutigt werden, sich als Promotoren neuer Kunst von hoher Qualität zu profilieren. Darüber, wie aufgeschlossen oder wie verschlossen das Publikum der aktuellen Kunst gegenüber sei, sagen die Erfolgsmeldungen der «Art 4'73» nichts aus.

Anton Krättli

¹Der Schriftsteller in unserer Zeit. Schweizer Autoren bestimmen ihre Rolle in der Gesellschaft, hrsg. von Peter André Bloch und Edwin Hubacher, Francke-Verlag, Bern 1972.

KRITIK UND REPLIK: WIRTSCHAFTSPOLITISCHE EXPERTENKOMMISSIONEN

Zur Diskussion um deren Zusammensetzung

Kein Patentrezept

Die personelle Zusammensetzung der zahllosen wirtschaftspolitischen Expertenkommissionen des Bundes wird in unserem Land immer etwa wieder als Problem empfunden. Das gilt vor allem

für die gemischten Gremien dieser Art, meist bestellt aus Vertretern der an der Kommissionsaufgabe interessierten Wirtschaftsverbände, aus interessenunabhängigen Wissenschaftlern und aus Vertretern der zuständigen Verwaltungsabteilungen. Beim zahlenmässigen

Vertretungsverhältnis besteht grosse Unterschiedlichkeit. Sie reicht von der mehr oder weniger paritätischen Beteiligung einerseits bis zur eher seltenen Prädominanz der wissenschaftlichen Mitglieder oder der Verbandsvertreter andererseits. Von meinungsbildender Bedeutung sind auch die nicht stimmberechtigten Experten und Hearingspartner, welche von manchen Kommissionen zu den Beratungen beigezogen werden. Der tatsächliche Einfluss auf die Ergebnisse der Kommissionsarbeit ist natürlich nicht nur abhängig von der Mitgliederzahl und der Rechtsstellung einer Gruppe; von Bedeutung sind auch das Ansehen, der Sachverstand und das Durchsetzungsvermögen der Personen, aus denen sie besteht.

Es braucht nicht lange begründet zu werden, dass für die «richtige» Zusammensetzung einer wirtschaftspolitischen Expertenkommission kein allgemein gültiges Rezept besteht. Sie hängt im wesentlichen von den Aufgaben ab, die ein solches Gremium zu lösen hat. Bei der grossen Unterschiedlichkeit dieser Aufgaben ist denn auch – wie schon erwähnt – die Zusammensetzung der bestehenden Kommissionen sehr unterschiedlich und wird es – selbst bei Verwirklichung aller denkbaren Verbesserungen – künftig ebenfalls bleiben müssen. Damit ist gesagt, dass es neben den ausschliesslich aus Wissenschaftlern oder Verbandsvertretern bestellten Gremien auch in Zukunft der gemischten Kommissionen bedürfen wird, denn manche Aufgaben lassen sich nicht befriedigend durchführen, wenn die praktischen Kenntnisse der Wirtschaftsvertreter nicht zur Verfügung stünden. Gewiss würde dies nicht immer die bei uns übliche Mitwirkung

als stimmberechtigte Mitglieder erfordern; oft liesse sich – wie ausländische Beispiele zeigen – der gleiche Zweck ebenfalls mit einer stimmrechtslosen Mitgliedschaft oder mit der Heranziehung als Hearingspartner verwirklichen. Dass jedoch die Vertreter der Verbände in geeigneter Weise herangezogen werden müssen, kann auch von Kritikern der gemischten Expertenkommissionen nicht bestritten werden. Der Schreibende war und ist in genügend Kommissionen tätig, um sich hierüber ausreichend Rechenschaft zu geben. Wenn *Dr. Fritz Ebner* in der *Mai-Nummer* der «Schweizer Monatshefte» (53. Jahr, Heft 2, S. 82–85) meint, ich möchte den Einfluss der Verbände zugunsten der Wissenschaft ausschalten, hat er meine von ihm kritisierten Ausführungen in der *Nzz* vom 4. Februar völlig unzutreffend ausgelegt.

Wann ist Interessentenprädominanz unerwünscht?

Das bisher Gesagte verträgt sich durchaus mit der Feststellung, dass es wirtschaftspolitische Begutachtungsaufgaben gibt, bei denen eine von noch so qualifizierten Interessenvertretern dominierte Expertenkommission nicht zu richtigen Ergebnissen gelangen würde. Das ist, allgemein ausgedrückt, immer dann der Fall, wenn sich das richtige Ergebnis nicht mit dem deckt, was entweder den übereinstimmenden Interessen der vertretenen Verbände oder dem Kompromiss ihrer divergierenden Interessen entspricht. In solchen Fällen wäre es illusionär, wenn man erwarten würde, dass das Resultat der Begutachtung etwas wesentlich anderes darstellt als die übereinstimmenden oder in einem Kompromiss vereinigten Mei-

nungen der interessierten Organisationen. Denn deren Vertreter wären in unzumutbarer Weise überfordert, wenn man von ihnen verlangen würde, dass sie Schlussfolgerungen zustimmen, welche den Anliegen dieser Organisationen widersprechen. Gewiss besteht auch die grundsätzliche Möglichkeit, dass übereinstimmende oder in einen Kompromiss vereinigte Gruppeninteressen zu einem Ergebnis führen, das gleichzeitig die von der Kommission zu ermittelnde richtige (zum Beispiel zielkonforme) Lösung darstellt. Die gegenteilige Möglichkeit ist jedoch mindestens ebenso wahrscheinlich, und wo sie vorliegt, ist eine durch Interessenvertreter dominierte Expertenkommission zweifelsohne nicht begrüssenswert.

Zur Illustration kann auf die Kommission für Konjunkturfragen hingewiesen werden, in der die Interessenvertreter zwar durchaus keine Majorität, aber zusammen mit den Vertretern der Verwaltung eine starke Stellung haben. Solange sich diese Kommission mit ihrer traditionellen Aktivität der Erstattung von Vierteljahresberichten über das zurückliegende Konjunkturgehen und über die unmittelbaren Konjunkturaussichten begnügt, ist diese Zusammensetzung kaum zu bemängeln. Ebenso nicht, wenn sie beispielsweise die Frage zu beantworten hat, welche Art Konjunkturartikel einige Aussicht hat, die parlamentarische Beratung und die Volksabstimmung zu bestehen. Die Kommission wäre jedoch als Plenum eindeutig überfordert, wenn man in den vergangenen Jahren von ihr verlangt hätte, dem Bundesrat öffentlich eine andere als die damals betriebene und für die Inflation hauptsächlich verantwortliche Wechselkurspolitik zu empfehlen.

Auf dieser Überlegung beruhte mei-

ne im zitierten Nzz-Artikel gemachte Anregung, dass Vorschläge solcher Art nicht, wie bisher, weiterhin völlig unterbleiben, sondern durch die Wissenschaftlergruppe der genannten Kommission erarbeitet und bekannt gegeben werden. Warum dies den Unwillen von *Dr. Fritz Ebner* erwecken konnte, ist mir angesichts der Bescheidenheit des Postulates nicht recht verständlich. Andere Länder gehen in dieser Hinsicht unvergleichlich weiter. Dabei zeigt das deutsche Beispiel des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, dass sich qualifizierte Wissenschaftler in ihren Meinungen nicht in einer Masse unterscheiden, welches sie daran hindert, sich auf weitgehend übereinstimmende Beurteilungen zu einigen. In Sachen Wechselkurspolitik jedenfalls stimmten sie seit Jahren darin überein, dass der Kult fester Paritäten in kaufkraft- und konjunkturpolitischer Beziehung negativ zu werten war. Von den Vertretern der grossen Wirtschaftsorganisationen kann man solches nicht behaupten, denn diese Organisationen zeigten sich an der Beibehaltung der Fixkurspolitik jahrelang interessiert und identifizierten dieses Interesse zu Unrecht mit demjenigen der Gesamtwirtschaft.

Und wenn die Wirtschaftswissenschaftler ihre Meinungen zu konjunkturpolitischen Problemen im Zeitablauf gelegentlich ändern, so wird ihnen dies *Dr. Ebner* gewiss nicht übelnehmen. Sie machen hiebei von einem Recht Gebrauch, auf das auch die Vertreter der Wirtschaftsorganisationen nie verzichtet haben. Glücklicherweise, denn «a wise man often changes his mind, a fool never does».

Hugo Sieber